



**GESAMTARBEITSVERTRAG
COOP GENOSSENSCHAFT**

gültig ab 1. Januar 2008

Vertragspartner sind:

Coop Genossenschaft

UNIA

Kaufmännischer Verband Schweiz (KV Schweiz)

Verein der Angestellten Coop (VdAC)

SYNA - die Gewerkschaft / Organizzazione Cristiano-Sociale Ticinese (OCST)

Anschlusspartner sind:

Coop Personalversicherung (CPV/CAP Pensionskasse Coop)

Ausgleichskasse Coop

Coop Bildungszentrum (CBZ), Muttenz

Centre de formation "du Léman", Jongny

CAG Verwaltungs AG

Coop Immobilien AG

Metzgereipersonal-Verband der Schweiz (MPV)

INHALTSVERZEICHNIS

	SEITE
<u>ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN</u>	
1. Zweck	6
2. Geltungsbereich	6
3. Friedenspflicht	6
4. Anschlussklärung	6
5. Vertragsbeitrag	7
6. Streitigkeiten aus dem GAV	7
7. Schiedsgericht	7
8. Paritätische Kommission	7
9. Mitbestimmung, Information	7
10. Personalkommission	8
<u>ARBEITSVERTRAGLICHE BESTIMMUNGEN</u>	
Beginn und Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
11. Anstellung, Probezeit	8
12. Anstellungsjahre	8
13. Kündigung	9
14. Kündigungsschutz	9
15. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	9
Allgemeine Rechte und Pflichten	
16. Vereinsfreiheit	10
17. Ämter, Funktionen	10
18. Schutz der Persönlichkeit, Chancengleichheit	10
19. Förderung	11
20. Datenschutz	11
21. Coop Personalvergünstigungen	11
22. Innerbetriebliche Differenzen	11
23. Treuepflicht, Sorgfaltspflicht, Haftung	12
24. Geheimhaltungspflicht	12
25. Betriebliche Weisungen	12
26. Kontrollen	12
27. Zuweisung anderer Arbeit, Versetzung	12
28. Gesundheit, Hygiene	13
29. Empfang von Drittpersonen	13
30. Annahme von Geschenken und Vergünstigungen	13
31. Nebenerwerb	13
32. Übertragung immaterieller Güter	13

	SEITE
Arbeitszeit, Zuschläge	
33. Normale Arbeitszeit	14
34. Überstundenarbeit	14
35. Schichtarbeit	15
36. Abend-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit	15
37. Besondere Tätigkeiten	15
38. Sonderbestimmungen über Zuschläge	15
Feiertage, Ferien, Urlaub	
39. Feiertage	16
40. Ferien	16
41. Urlaub	17
Löhne, Familienzulagen, Treueprämien	
42. Löhne	18
43. Lohnauszahlung, Abtretungsverbot	19
44. 13. Monatslohn	19
45. Familienzulagen	19
46. Treueprämien	19
Lohn bei Verhinderung an der Arbeitsleistung	
A) Krankheit	
47. Lohnfortzahlung durch die Krankentaggeldversicherung	20
48. Erkrankung im Ausland	20
49. Meldepflicht, Arztzeugnis, Arztbesuche	20
B) Schwangerschaft, Mutterschaft	
50. Schwangerschaft	21
51. Mutterschaftsentschädigung	21
C) Unfall	
52. Versicherungsdeckung	22
53. Leistungen	22
Rückforderungs- und Verrechnungsrecht	
54. Anspruch des Unternehmens	23
55. Meldepflicht der Mitarbeitenden	23

Obligatorische und andere Dienste

56.	Lohnzahlung	23
57.	Meldepflicht der Mitarbeitenden	24

Pensionierung

58.	Pensionskasse	24
59.	Vorzeitige Alterspensionierung	24

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

60.	Arbeitsvertragliche Einzelstreitigkeiten	25
61.	Sozialplan	25
62.	Inkrafttreten und Kündigung des GAV	25
63.	Aushändigung des GAV	25
64.	Bestandteile des GAV	25

ANHANG

Zulagenreglement	27
------------------	----

STUNDENLOHNREGLEMENT

nur für die Mitarbeitenden im Stundenlohn

URTEXT

Dieser GAV wird in deutscher, französischer und italienischer Sprache gedruckt. Im Zweifelsfall ist die deutsche Fassung als Urtext massgebend.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abs.	Absatz
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
Art.	Artikel
bzw.	beziehungsweise
CHF	Schweizer Franken
CPV/CAP Pensionskasse Coop	Coop Personalversicherung
etc.	et cetera (und so weiter)
GAV	Gesamtarbeitsvertrag Coop Genossenschaft
GL	Geschäftsleitung
inkl.	inklusive
km	Kilometer
OR	Schweizerisches Obligationenrecht vom 30.3.1911
u.a.	unter anderem
x	mal
z.B.	zum Beispiel
%	Prozent

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 1 Zweck

Dieser GAV bezweckt im Interesse des Unternehmens und dessen Mitarbeitenden:

- a) das Festlegen fortschrittlicher Arbeitsbedingungen;
- b) das Erhalten und Fördern guter Beziehungen zwischen dem Unternehmen und dessen Mitarbeitenden;
- c) die Pflege der Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern.

Art. 2 Geltungsbereich

2.1 Dieser GAV gilt für:

- a) die voll- und teilzeitbeschäftigten Mitarbeitenden im Monatslohn, welche im unbefristeten oder im auf länger als 3 Monate befristeten Arbeitsverhältnis stehen;
- b) die Mitarbeitenden im Stundenlohn, welche im unbefristeten oder im auf länger als 3 Monate befristeten Arbeitsverhältnis stehen; das Stundenlohnreglement, welches integrierenden Bestandteil dieses GAV bildet, geht in diesen Bereichen, die es regelt, diesem GAV vor;
- c) die Lernenden, vorbehältlich zwingender Bestimmungen der Lehrverträge.

2.2 Dieser GAV gilt nicht für:

- a) die Mitarbeitenden aller Managementstufen;
- b) die Mitarbeitenden mit befristetem Arbeitsvertrag bis 3 Monate;
- c) die Mitarbeitenden mit speziellen Arbeitsverträgen (z.B. Mitarbeitende im Tag- oder Stücklohn, Heimarbeitende, Hauswartinnen/Hauswarte, Schüler/innen, Ferienaushilfen etc.);
- d) die Mitarbeitenden, die dem Landes-GAV für das Gastgewerbe unterstehen.

2.3 Das Unternehmen übernimmt die Mitarbeitenden im Stundenlohn, die über den Zeitraum von 1 Jahr im Durchschnitt mindestens 50% der normalen Arbeitszeit geleistet haben, auf deren Wunsch hin in das Monatslohnverhältnis.

Art. 3 Friedenspflicht

Die Vertragspartner verpflichten sich, den Arbeitsfrieden zu wahren.

Art. 4 Anschlussklärung

4.1 Für die Mitarbeitenden, die keiner vertragschliessenden Arbeitnehmer/innenorganisation angehören, gilt der unterzeichnete individuelle Arbeitsvertrag als Anschlussklärung im Sinne von Art. 356b Abs. 1 OR. Sie unterstellen sich damit der Wirkung dieses GAV.

4.2 Die Vertragspartner erklären hiermit gestützt auf Art. 356b Abs.1 OR ihre Zustimmung zu allen künftigen Anschlüssen der berechtigten Mitarbeitenden.

Art. 5 Vertragsbeitrag

Das Unternehmen bezahlt den vertragschliessenden Arbeitnehmer/innenorganisationen pro Mitarbeitender/Mitarbeitendem und Vertragsjahr einen vereinbarten Betrag. Dieser ist als Gesamtpauschale für die ganze Vertragsdauer festgelegt und wird jährlich ausbezahlt.

Art. 6 Streitigkeiten aus dem GAV

Die Vertragspartner verhandeln und bereinigen Differenzen direkt miteinander. Kann keine Einigung erzielt werden, fällt das Schiedsgericht den endgültigen Entscheid.

Art. 7 Schiedsgericht

7.1 Das Schiedsgericht besteht aus 5 Mitgliedern. Der Vorsitz wird von den Vertragspartnern gemeinsam bestimmt. Kommt keine einstimmige Wahl zu Stande, wird der Vorsitz von der für Streitigkeiten im Bereich des Konkordats über die Schiedsgerichtsbarkeit vom 27.3.1969 zuständigen Gerichtsstanz des Kantons Basel-Stadt bezeichnet. Im Übrigen sind die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmer/innenseite im Schiedsgericht paritätisch vertreten.

7.2 Das Verfahren vor dem Schiedsgericht richtet sich nach dem Konkordat über die Schiedsgerichtsbarkeit vom 27.3.1969.

7.3 Die Kosten aus dem Verfahren werden gemäss Kostenentscheid des Schiedsgerichts durch die Vertragspartner getragen.

Art. 8 Paritätische Kommission

8.1 Die Paritätische Kommission besteht aus 16 Mitgliedern, nämlich aus einer Achtervertretung des Unternehmens (inkl. Vorsitz) und je einer Zweiervertretung der vertragschliessenden Arbeitnehmer/innenorganisationen. Die/der Leitende Personal des Unternehmens hat den Vorsitz; das Vizepräsidium wird jeweils für die Geltungsdauer dieses GAV von der Vertretung einer der vertragschliessenden Arbeitnehmer/innenorganisationen geführt.

8.2 Die Paritätische Kommission tritt mindestens 1x pro Kalenderjahr zusammen. Weitere Sitzungen werden je nach Bedarf durchgeführt.

8.3 Die Vertragspartner können Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten über die Durchführung dieses GAV sowie allgemeine mitarbeiter/innenrelevante Themen, insbesondere betreffend Arbeitszeit- und Lohnmodelle sowie Chancengleichheit und Gleichstellung, der Paritätischen Kommission unterbreiten. Zu diesem Zweck kann diese Subkommissionen bilden, z.B. eine Gleichstellungskommission.

Art. 9 Mitbestimmung, Information

9.1 Die Mitbestimmung auf Unternehmensebene durch die Vertretung der Mitarbeitenden richtet sich nach den Statuten des Unternehmens sowie nach dem Bundesgesetz über die Information und Mitsprache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben vom 17.12.1993.

9.2 Die Mitarbeitenden werden über alle wichtigen, sie betreffenden Vorgänge rechtzeitig informiert.

Art. 10 Personalkommission

- 10.1 Die Mitarbeitenden haben das Recht, in ihren Arbeitsbereichen die im jeweils geltenden Reglement Personalkommissionen (PEKO's) erwähnten Personalkommissionen zu wählen. Die Personalkommissionen sind die Instrumente der Mitarbeitenden für die betriebliche Mitsprache; sie bestehen aus mindestens 3 Mitgliedern.
- 10.2 Die Rechte und Pflichten, Wahl, Aufgaben und Kompetenzen der Personalkommissionen werden im jeweils geltenden Reglement Personalkommissionen (PEKO's) geregelt, welches sich nach dem Bundesgesetz über die Information und Mitsprache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben vom 17.12.1993 richtet.
- 10.3 Die vertragschliessenden Arbeitnehmer/innenorganisationen fördern die in den Personalkommissionen wahrgenommene Zusammenarbeit zwischen dem Unternehmen und dessen Mitarbeitenden.
- 10.4 Das Unternehmen unterstützt die Personalkommissionen in deren Tätigkeit, insbesondere stellt es die nötige Arbeitszeit zur Verfügung und bietet Weiterbildungsmöglichkeiten an. Für Aus- und Weiterbildungsmassnahmen der Personalkommissionen können die vertragschliessenden Arbeitnehmer/innenorganisationen beigezogen werden.
- 10.5 Die Mitglieder der Personalkommissionen geniessen eine Vertrauensstellung, die zu einem Verhalten verpflichtet, das auf dem Grundsatz von Treu und Glauben beruht.

ARBEITSVERTRAGLICHE BESTIMMUNGEN

Beginn und Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Art. 11 Anstellung, Probezeit

- 11.1 Als Zusatz zu diesem GAV wird ein individueller schriftlicher Arbeitsvertrag abgeschlossen.
- 11.2 Die Probezeit beträgt 3 Monate. Eine kürzere Probezeit kann schriftlich vereinbart werden.
- 11.3 Die Probezeit wird verlängert, wenn eine tatsächliche Verkürzung in Folge Krankheit, Unfall oder Erfüllung einer nicht freiwilligen gesetzlichen Pflicht (z.B. Militärdienst) vorliegt (Art. 335b Abs. 3 OR).

Art. 12 Anstellungsjahre

- 12.1 Die Zählung der Anstellungsjahre beginnt mit dem Tag des vertraglichen Eintritts.
- 12.2 Als Anstellungsjahre gelten die in einem konsolidierten Unternehmen von Coop Genossenschaft bzw. bei der CPV/CAP Pensionskasse Coop oder der Ausgleichskasse Coop geleisteten Jahre, sofern ein Unterbruch ohne Erwerbstätigkeit bis zum Wiedereinstieg nicht länger als 12 Monate und ein Unterbruch mit Erwerbstätigkeit bis zum Wiedereinstieg nicht länger als 6 Monate gedauert hat. Die Dauer der Grundbildung sowie zu-

sammenhängender Beschäftigung im Stundenlohn und unbezahlten Urlaubs wird angerechnet.

- 12.3 Diese Bestimmungen finden in allen Fällen Anwendung, in denen Ansprüche von der Anstellungsdauer abhängen; dies gilt auch beim Festlegen der Kündigungsfristen.

Art. 13 Kündigung

- 13.1 Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch das Unternehmen kann nur durch die Managementstufen 0-3 in Verbindung mit der Personalabteilung ausgesprochen werden.

- 13.2 Während der Probezeit beträgt die Kündigungsfrist 7 Tage. Die Kündigung kann jederzeit ausgesprochen werden.

- 13.3 Nach der Probezeit beträgt die Kündigungsfrist jeweils auf Ende eines Monats:

- | | | |
|----|--|-----------|
| a) | im 1. Anstellungsjahr | 1 Monat; |
| | vom 2.-5. Anstellungsjahr | 2 Monate; |
| | ab dem 6. Anstellungsjahr | 3 Monate; |
| b) | eine längere Kündigungsfrist kann schriftlich vereinbart werden. | |

- 13.4 Die Kündigung hat grundsätzlich schriftlich zu erfolgen. Die Kündigung muss bis spätestens am letzten Arbeitstag vor Beginn der Kündigungsfrist bei der Vertragspartei eintreffen oder ihr übergeben werden. Eine mündliche Kündigung in Anwesenheit von Zeuginnen/Zeugen ist möglich und bedarf einer schriftlichen Bestätigung.

Die Kündigung muss schriftlich begründet werden, wenn die andere Vertragspartei dies verlangt (Art. 335 Abs. 2 OR).

- 13.5 Aus wichtigen Gründen kann das Arbeitsverhältnis beidseitig jederzeit fristlos aufgelöst werden (ausserordentliche Kündigung, Art. 337 OR).

- 13.6 Wird die Arbeitsstelle ohne wichtigen Grund nicht angetreten oder verlassen, ohne die Kündigungsfrist einzuhalten, so hat das Unternehmen Anspruch auf eine Entschädigung, die 1/4 des Monatslohns entspricht. Die Haftung für weitere nachgewiesene Schäden bleibt vorbehalten (Art. 337d OR).

Art. 14 Kündigungsschutz

Der Kündigungsschutz ist im OR geregelt. Es handelt sich um die folgenden Vorschriften:

- | | | |
|----|-------------------|---|
| a) | Art. 333/333a OR | Betriebsübergang; |
| b) | Art. 335d-335g OR | Massenentlassung; |
| c) | Art. 336-336b OR | Missbräuchliche Kündigung; |
| d) | Art. 336c/336d OR | Kündigung zur Unzeit; |
| e) | Art. 337c OR | Folgen bei ungerechtfertigter Entlassung. |

Art. 15 Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Das Arbeitsverhältnis endet ohne Kündigung spätestens auf das Ende des Monats, in dem die Mitarbeitenden das für den ordentlichen Rentenbeginn der AHV massgebende Lebensalter vollenden. Ferner endet das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung ganz bzw. ändert sich im entsprechenden Umfang, wenn die Krankentaggeldleistungen gemäss Art.

47.1 bzw. die Unfalltaggelderleistungen gemäss Art. 53.2 erschöpft sind oder eine Viertels-, halbe, Dreiviertels- oder volle Invaliditätsrente zugesprochen wurde. Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses vor Erschöpfung der Krankentaggelderleistungen besteht das Übertrittsrecht in die Einzelversicherung gemäss Art. 47.5. Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses vor bzw. nach Erschöpfung der Unfalltaggelderleistungen kommt das Unfalltaggeld gemäss Art. 53.4 bzw. Art. 53.7 direkt durch die Unfallversicherung zur Auszahlung.

Allgemeine Rechte und Pflichten

Art. 16 Vereinsfreiheit

- 16.1 Die Vereinsfreiheit ist gewährleistet.
- 16.2 Die vertragschliessenden Arbeitnehmer/innenorganisationen können Einladungen zu Sitzungen und Versammlungen sowie Mitteilungen und Werbemittel an ihre Mitglieder an dafür geeigneten Stellen anschlagen. Ebenso ist die Mitgliederwerbung erlaubt. In beiden Fällen ist die Einwilligung der/des Leitenden Personal innerhalb der entsprechenden Region notwendig.
- 16.3 Aus der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Arbeitnehmer/innenorganisation dürfen den Mitarbeitenden keine Nachteile erwachsen.

Art. 17 Ämter, Funktionen

Für die Ausübung öffentlicher Ämter und die Übernahme von Funktionen in anderen Unternehmen, Gewerkschaften, Berufsorganisationen und politischen Parteien sowie das Absolvieren militärischer Kadernschulen während der Arbeitszeit ist die Einwilligung der Direktion in Absprache mit der Personalabteilung einzuholen. Das Ausmass und die Modalitäten der Freistellung sind schriftlich festzuhalten. Die Treuepflicht ist in jedem Fall einzuhalten.

Art. 18 Schutz der Persönlichkeit, Chancengleichheit

- 18.1 Die persönliche Integrität der Mitarbeitenden ist zu schützen. Jede Verletzung der Würde durch Verhalten, Handlungen, Sprache und Bilder ist zu bekämpfen und zu beheben. Eine Benachteiligung auf Grund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Staats- oder Religionszugehörigkeit sowie des Alters ist unzulässig.
- 18.2 Das Unternehmen und die Mitarbeitenden wirken zusammen, um durch offene Kommunikation im Betrieb ein Klima des persönlichen Respekts und Vertrauens zu schaffen, das Missbräuche, Übergriffe, sexuelle Belästigung und Mobbing verhindern kann.
- 18.3 Die Integration von ausländischen Arbeitnehmenden soll unterstützt und eine ausländerfeindliche Stimmung verhindert werden.
- 18.4 Die berufliche Entwicklung der Mitarbeitenden wird nach Massgabe des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann vom 24.3.1995 gefördert. Dabei werden u.a. die folgenden Ziele verfolgt:
 - a) Erleichterung des Zugangs aller Mitarbeitenden zur beruflichen Bildung;

- b) Förderung der beruflichen Weiterentwicklung aller Mitarbeitenden.

Art. 19 Förderung

- 19.1 Das Unternehmen unterstützt die Förderung und Weiterbildung seiner Mitarbeitenden zur Erfüllung ihrer Funktionen.
- 19.2 Die Mitarbeitenden haben jährlich Anspruch auf ein Mitarbeiter/innengespräch gemäss den Richtlinien des Unternehmens. Wer sich ungerecht beurteilt fühlt, kann die Beurteilung bei der nächsthöheren Stelle in Wiedererwägung ziehen lassen.

Art. 20 Datenschutz

- 20.1 Das Unternehmen verpflichtet sich:
 - a) die Bearbeitung (Beschaffung, Aufbewahrung, Verwendung, Umarbeitung, Bekanntgabe, Archivierung, Vernichtung) der personenbezogenen Daten auf das betrieblich Notwendige zu beschränken;
 - b) die personenbezogenen Daten nur rechtmässig zu beschaffen sowie den Zugang zu den personenbezogenen Daten auf jene Mitarbeitenden zu beschränken, die auf Grund ihrer Funktion Einsicht in diese Daten haben müssen;
 - c) Auskünfte über die Mitarbeitenden an Aussenstehende nur zu erteilen, wenn die betroffene Person eingewilligt hat oder wenn eine öffentliche Behörde rechtmässig darum ersucht;
 - d) den Mitarbeitenden auf Verlangen Einsicht in die sie betreffenden Dokumente des Personaldossiers zu gewähren;
 - e) den Mitarbeitenden auf Verlangen Einsicht in die sie betreffenden elektronisch gespeicherten Daten zu gewähren;
 - f) fehlerhafte personenbezogene Daten zu berichtigen;
 - g) bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses die elektronisch gespeicherten Personendaten, die nicht mehr für betriebsinterne sowie für behördliche Zwecke oder Statistiken benötigt werden, zu löschen.
- 20.2 Im Übrigen gilt das Bundesgesetz über den Datenschutz vom 19.6.1992.
- 20.3 Die Mitarbeitenden, welche im Rahmen ihrer Funktion personenbezogene Daten bearbeiten, tragen für den Schutz dieser Daten die Verantwortung und sind verpflichtet, die sachgerechten Massnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes zu treffen.

Art. 21 Coop Personalvergünstigungen

Die Mitarbeitenden sind berechtigt, in der ganzen Schweiz gemäss dem jeweils geltenden Reglement Personalvergünstigungen einzukaufen.

Art. 22 Innerbetriebliche Differenzen

Für die Bereinigung von Differenzen und Missständen können sich die Mitarbeitenden an ihre vorgesetzte Person wenden, bei entsprechender erfolgloser Besprechung an die nächsthöhere Stelle oder an die Personalabteilung. Die Mitglieder der vertragschliessenden Arbeitnehmer/innenorganisationen können sich auch über ihre Organisationen an die Personalabteilung wenden.

Art. 23 Treuepflicht, Sorgfaltspflicht, Haftung

- 23.1 Die übertragene Arbeit ist sorgfältig auszuführen, und die Interessen des Unternehmens sind in guten Treuen zu wahren.
- 23.2 Der Umgang mit Waren hat mit äusserster Sorgfalt zu erfolgen. Die Arbeitsgeräte, Maschinen, technischen Einrichtungen und Fahrzeuge sind gemäss Instruktion sorgfältig zu behandeln, fachgerecht zu bedienen und zu warten. Defekte und Mängel sind umgehend zu melden. Die Mitarbeitenden haften für den Schaden, den sie dem Unternehmen absichtlich oder fahrlässig zufügen (Art. 321e OR).
- 23.3 Die Gelder sind gewissenhaft zu verwalten.

Art. 24 Geheimhaltungspflicht

- 24.1 Die Mitarbeitenden sind verpflichtet, über alle Geschäftsverhältnisse und Personendaten, von denen sie durch ihre Tätigkeit Kenntnis erlangen, Dritten gegenüber strengstes Stillschweigen zu bewahren. Dies gilt speziell für die Bezugsquellen, Einkaufspreise, Margen, Marketingkonzepte, Umsatzzahlen, Lagerbestände, Projekte, Rezepturen, technologischen Abläufe und anderen betrieblichen Einzelheiten sowie für die Löhne, Qualifikationen und Angaben über Unfall- und Krankheitsverläufe.
- 24.2 Die Geheimhaltungspflicht gilt während der Dauer des Arbeitsverhältnisses; sie gilt auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, soweit dies zur Wahrung der berechtigten Interessen des Unternehmens erforderlich ist (Art. 321a Abs. 4 OR).

Art. 25 Betriebliche Weisungen

Die mündlich oder schriftlich erteilten Weisungen und Anordnungen sowie die Bestimmungen dieses GAV und aller im Unternehmen geltenden Vorschriften, Reglemente, Haus- und Betriebsordnungen sind genau zu beachten und einzuhalten.

Art. 26 Kontrollen

- 26.1 Periodische Kontrollen bei Mitarbeitenden, insbesondere beim Verlassen der Geschäftsräume, sind eine betriebliche Notwendigkeit und nicht als Ausdruck eines persönlichen Misstrauens zu betrachten. Die entsprechenden Anweisungen der Kontrollorgane sind zu befolgen.
- 26.2 Auf begründete Veranlassung hin kann eine Kontrolle in den Räumlichkeiten des Unternehmens (z.B. von Garderobenschränken) durch eine Vertretung des Unternehmens im Beisein der betroffenen Person oder bei deren Verhinderung im Beisein einer Vertrauensperson als Zeugin/Zeugen vorgenommen werden.

Art. 27 Zuweisung anderer Arbeit, Versetzung

- 27.1 Zur Sicherung geordneter Betriebsabläufe können die Mitarbeitenden im Rahmen ihres Arbeitsverhältnisses, soweit zumutbar, vorübergehend über den vereinbarten Aufgabebereich hinaus für andere Arbeit eingesetzt oder an einen anderen Arbeitsplatz versetzt werden. Dabei müssen die Familienverhältnisse, die Gesundheit und die Erhaltung der beruflichen Qualifikation berücksichtigt werden. Die Kosten, welche in Ausübung der entsprechenden Funktion entstehen, werden gemäss dem jeweils geltenden Spesenreglement entschädigt. Der Lohn bleibt unverändert.

27.2 Bei dauernder Zuweisung anderer Arbeit oder definitiver Versetzung wird der Lohn überprüft und nötigenfalls durch einen neuen Arbeitsvertrag den veränderten Verhältnissen angepasst.

Art. 28 Gesundheit, Hygiene

28.1 Die Mitarbeitenden machen es sich zur Pflicht, auf die persönliche Reinlichkeit zu achten, den Arbeitsplatz sauber und in Ordnung zu halten sowie die Vorschriften zur Erhaltung und Kontrolle der Hygiene und Gesundheit zu befolgen.

28.2 Die Mitarbeitenden haben die Weisungen des Unternehmens betreffend Arbeitssicherheit zu befolgen, um eine Selbst- oder Drittgefährdung zu verhindern.

28.3 Das Erbringen der Arbeitsleistung unter dem Einfluss alkoholischer Getränke und anderer berauschender Mittel ist unzulässig.

28.4 Sind die Räume ausdrücklich mit einem Rauchverbot gekennzeichnet, ist dieses in jedem Fall zu befolgen. In den übrigen Räumen ist das Rauchen nur mit Einwilligung der betroffenen Mitarbeitenden gestattet.

Art. 29 Empfang von Drittpersonen

Drittpersonen dürfen nicht ohne Einwilligung der vorgesetzten Person in die Geschäftsräume geführt oder in solchen empfangen werden, sofern diese nicht öffentlich zugänglich sind.

Art. 30 Annahme von Geschenken und Vergünstigungen

Die Mitarbeitenden verpflichten sich, weder sich noch Dritten direkt oder indirekt Vorteile zu verschaffen, indem sie von den Lieferanten oder anderen Personen, die mit einem konsolidierten Unternehmen von Coop Genossenschaft bzw. mit der CPV/CAP Pensionskasse Coop oder der Ausgleichskasse Coop in geschäftlicher Beziehung stehen, Provisionen, Darlehen, Geld oder andere Geschenke entgegennehmen, Vorzugspreise akzeptieren oder sich andere finanzielle Vorteile verschaffen, soweit diese über blosser Aufmerksamkeit hinausgehen.

Art. 31 Nebenerwerb

Nebenerwerbliche Tätigkeit ist für die Vollzeitmitarbeitenden ohne schriftliche Einwilligung der Personalabteilung unzulässig. Für die Teilzeitmitarbeitenden ist die nebenerwerbliche Tätigkeit ohne Einwilligung zulässig. In beiden Fällen sind die gesetzlichen Schutzbestimmungen (Höchstleistungszeiten) gemäss dem Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel vom 13.3.1964 einzuhalten.

Art. 32 Übertragung immaterieller Güter

32.1 Sämtliche Rechte, wie insbesondere die Urheber- und/oder Patentrechte, die Rechte an nicht patentierten Erfindungen sowie alle Arbeitsergebnisse an Software, welche die Mitarbeitenden während der Dauer ihres Arbeitsverhältnisses allein oder in Zusammenarbeit entwickelt haben, gelten ohne Weiteres als mit ihrer Entstehung vollumfänglich auf das Unternehmen übertragen. Die Übertragung umfasst dabei insbesondere sämtliche in Art. 9-11 des Bundesgesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom

9.10.1992 umschriebenen Rechte. Die Vergütung für die Übertragung ist durch den vereinbarten Lohn abgegolten.

- 32.2 Die Übertragung umfasst auch die Urheber- und/oder Patentrechte sowie die Rechte an nicht patentierten Erfindungen, welche von den Mitarbeitenden bei Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit, aber nicht in Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten gemacht wurden. Die Vergütung für die Übertragung ist ebenfalls durch den vereinbarten Lohn abgegolten.
- 32.3 Unter Software sind dabei insbesondere die Gesamtheit und je einzelne Teile der Programme, Daten, Abläufe und Regeln sowie jegliche dazugehörige Dokumentation für die Nutzung eines Rechnersystems (wie Grossrechner, Arbeitsplatzgeräte und weitere Hardware) zu verstehen, welche bei der Entwicklung, Wartung, Installation oder in sonstigem Zusammenhang mit der betreffenden Software anfallen, unabhängig davon, auf welche Art und auf welchem Träger die Software festgehalten ist.
- 32.4 Analog zu Art. 80 Abs. 1 des Bundesgesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 9.10.1992 werden auch die Urheberrechte an Werken, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geschaffen worden sind, erfasst.

Arbeitszeit, Zuschläge

Art. 33 Normale Arbeitszeit

- 33.1 Die normale wöchentliche Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt 41 effektive Arbeitsstunden. Die Sonderregelungen für die Chauffeusen/Chauffeure bleiben vorbehalten; sie sind freiwillig und werden separat entschädigt.
- 33.2 Die wöchentliche Arbeitszeit wird in der Regel auf 5 Tage verteilt.
- 33.3 Die Vorbereitungs- und Aufräumarbeiten gelten als Arbeitszeit. Die Pausen gelten nicht als Arbeitszeit, wenn der Arbeitsplatz verlassen werden darf. In den Verkaufsstellen sind Pausen von mehr als 2 Stunden mit den Mitarbeitenden abzusprechen.
- 33.4 Die Einsatzpläne sind in der Regel 2 Wochen vor einem geplanten Einsatz mit neuen Arbeitszeiten bekannt zu geben.
- 33.5 Die Mitarbeitenden mit Familienpflichten haben Anspruch auf sozialverträgliche Arbeitszeiten. Unter Familie werden alle Lebensgemeinschaften, unabhängig vom Zivilstand, verstanden.

Art. 34 Überstundenarbeit

- 34.1 Es gilt jene Arbeit als Überstundenarbeit, die über die vertraglich vereinbarte bzw. durch den Einsatzplan festgelegte wöchentliche Arbeitszeit hinaus geleistet wird und von der vorgesetzten Person angeordnet wurde.
- 34.2 Die Überstundenarbeit wird angeordnet, wenn sie notwendig ist. Solche Mehrarbeit ist zu leisten, wenn sie nach dem Grundsatz von Treu und Glauben zumutbar ist. Bei Schichtarbeit ist die Ansetzung von zusätzlichen Überstunden nach Möglichkeit zu vermeiden.

- 34.3 Grundsätzlich ist die Überstundenarbeit durch Freizeit von gleicher Dauer auszugleichen. Der Zeitpunkt des Ausgleichs wird von der vorgesetzten Person nach Absprache mit den Mitarbeitenden festgelegt. Ist der Ausgleich innerhalb von 4 Monaten nicht möglich, so wird die Überstundenarbeit mit einem Zuschlag von 25% in Geld entschädigt.

Art. 35 Schichtarbeit

Die dauernde oder regelmässig wiederkehrende Tagschichtarbeit ist nicht zuschlagspflichtig. Bei Nachtschichtarbeit finden die Bestimmungen für die Nachtarbeit gemäss Art. 36.1 Anwendung.

Art. 36 Abend-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit

- 36.1 Für die Abendarbeit (20⁰⁰-23⁰⁰ Uhr) wird ein Zuschlag von 20% in Geld ausgerichtet, sofern der Arbeitseinsatz erst nach 21³⁰ Uhr beendet wird. Für die Nachtarbeit (23⁰⁰-06⁰⁰ Uhr) wird ein Zuschlag von 35% in Geld ausgerichtet. Bei dauernder oder regelmässig wiederkehrender Nachtarbeit werden 10% von diesen 35% in Form einer zu kompensierenden Zeitgutschrift ausgerichtet. Die Sonderregelungen für die Chauffeusen/Chauffeure bleiben vorbehalten; sie sind freiwillig und werden separat entschädigt.
- 36.2 Für die dauernde oder regelmässig wiederkehrende Sonn- und Feiertagsarbeit wird ein Zuschlag von 50% in Geld oder Zeit, für die vorübergehende Sonn- und Feiertagsarbeit ein Zuschlag von 75% in Geld ausgerichtet. Von diesen 75% können 25% in Form einer zu kompensierenden Zeitgutschrift bezogen werden. Die Sonderregelungen für die Betriebe in den Touristikregionen bleiben vorbehalten.
- 36.3 Die Mitarbeitenden, welche Kinder oder andere Familienangehörige zu betreuen haben, sind auf Wunsch ganz oder teilweise vom Abendverkauf zu dispensieren, wenn die Übernahme der Betreuung durch eine andere Person nachweisbar nicht möglich ist.
- 36.4 Die verschobene Tages- und/oder Abendarbeit, die in die Zeit des Abends, der Nacht, des Sonn- oder eines Feiertags fällt, ist nicht zuschlagspflichtig.

Art. 37 Besondere Tätigkeiten

Besondere Tätigkeiten werden gemäss Anhang (Zulagenreglement) entschädigt.

Art. 38 Sonderbestimmungen über Zuschläge

- 38.1 Treffen für die Bezahlung von Geldzuschlägen mehrere Voraussetzungen gleichzeitig zu, so wird nur der Zuschlag mit dem höchsten Ansatz angewandt. Davon ausgenommen ist der Überstundenzuschlag, welcher unabhängig von anderen Zuschlägen ausgerichtet wird.
- 38.2 Die Zuschläge dauernden Charakters werden auch bei Ferien, obligatorischem Militär- und Zivildienst sowie für die gesetzlichen Feiertage ausgerichtet, sofern die Mitarbeitenden während dieser Zeit zuschlagsberechtigte Arbeit geleistet hätten.

Feiertage, Ferien, Urlaub

Art. 39 Feiertage

39.1 Das Unternehmen gewährt maximal 10 bezahlte Feiertage, welche sich auf die gesetzlich anerkannten nationalen, auf die kantonalen sowie regionalen und lokalen Feiertage verteilen, sowie 1 allfälligen zusätzlichen bezahlten regionalen oder lokalen Feiertag. Die Feiertage werden durch die Personalabteilung rechtzeitig bekannt gegeben. Weitere Feiertage sind nicht bezahlt und sind entweder vor- oder nachzuholen (Zeitkompensation), mit entsprechenden Ferientagen oder mit einem entsprechenden Lohnabzug abzugelten.

Fällt ein Feiertag auf einen Wochentag von Montag - Freitag, so reduziert sich generell die wöchentliche Soll-Arbeitszeit um die auf den Feiertag entfallende Zeit. Für die Bereiche, in denen am Samstag regelmässig gearbeitet wird, gilt diese Regelung auch dann, wenn der Feiertag auf einen Samstag fällt.

39.2 Für die Mitarbeitenden ist die Feiertagsregelung ihres Arbeitsorts massgebend.

39.3 Für die Teilzeitmitarbeitenden reduziert sich die wöchentliche Soll-Arbeitszeit anteilmässig.

Art. 40 Ferien

40.1 Der Ferienanspruch beträgt pro Kalenderjahr:

a) Lernende	6 Wochen;
b) bis zum 49. Altersjahr	5 Wochen;
c) ab dem 50. Altersjahr	6 Wochen;
d) ab dem 60. Altersjahr	7 Wochen;
e) ab dem 63. Altersjahr	8 Wochen.

Der höhere Anspruch wird vom Kalenderjahr an gewährt, in dem das entsprechende Altersjahr vollendet wird.

40.2 Nicht als Ferientage zählen:

- die Feiertage gemäss Art. 39.1, wenn sie auf einen Tag fallen, an dem im betreffenden Betriebsteil gearbeitet wird;
- die Krankheits- und Unfalltage, wenn eine volle Arbeitsunfähigkeit ärztlich bescheinigt wird, sowie im Fall von Erkrankung und Unfällen im Ausland, wenn die Leistungen von einer Krankenkasse übernommen werden; im Übrigen gilt Art. 48;
- die Urlaubstage gemäss Art. 41.1.

40.3 Im Ein- und Austrittsjahr sowie bei unbezahlttem Urlaub bemisst sich der Ferienanspruch nach den geleisteten Arbeitstagen. Bei bezahlten Absenzen aller Art von insgesamt mehr als 3 Monaten pro Kalenderjahr (ohne Ferien) wird der Ferienanspruch für jeden weiteren angebrochenen Absenzmonat um 1/12 gekürzt. Davon ausgenommen ist der Mutterschaftsurlaub.

40.4 Die Ferienpläne werden zu Beginn des Kalenderjahrs erstellt. Die vorgesetzte Person legt den Zeitpunkt der Ferien fest und nimmt dabei auf die Wünsche der Mitarbeitenden im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten Rücksicht.

- 40.5 Die Ferien sind im laufenden Kalenderjahr zu beziehen und dürfen nur im Ausnahmefall und nur mit Einwilligung der Personalabteilung über das 1. Drittel des folgenden Kalenderjahrs hinaus verschoben werden.
- 40.6 Das Abgelden der Ferien durch eine Geldentschädigung ist unzulässig (Art. 329d Abs. 2 OR). Nur die Ferien, die vor Austritt nicht bezogen werden können, werden ausbezahlt. Die zuviel bezogenen Ferien werden mit dem Lohnguthaben verrechnet oder in Rechnung gestellt.
- 40.7 Die Ferien sollen der Erholung dienen. Im Fall von unbewilligter bezahlter Ferienarbeit kann der Ferienlohn verweigert oder zurückverlangt werden.

Art. 41 Urlaub

41.1 Für die folgenden Familienangelegenheiten und Anlässe werden auf vorgängige Mitteilung hin bezahlte Urlaubstage gewährt, welche in der Regel innerhalb von 2 Wochen ab Entstehung des Anspruchs bezogen werden müssen:

- | | |
|---|-----------------------|
| a) eigene Eheschliessung bzw. Eintragung der Partnerschaft zuzüglich Coop-Gutscheine/Geschenkkarte im Wert von | 2 Tage
CHF 100.--; |
| b) Eheschliessung bzw. Eintragung der Partnerschaft eines Elternteils, eigener Kinder und Pflegekinder im Sinne des Gesetzes, von Geschwistern und Enkelkindern | 1 Tag; |
| c) Geburt eigener Kinder (nur Vater) und Adoption zuzüglich Coop-Gutscheine/Geschenkkarte im Wert von | 5 Tage
CHF 100.--; |
| d) Tod der Ehegattin/des Ehegatten, der Lebenspartnerin/des Lebenspartners und eigener Kinder und Pflegekinder im Sinne des Gesetzes | 4 Tage; |
| e) Tod eines (Pflege-)Eltern-/Schwiegerelternteils und eines (Pflege-)Elternteils der Lebenspartnerin/des Lebenspartners | 3 Tage; |
| f) Tod eines Grosselternteils, von Geschwistern, Enkelkindern, einer Schwiegertochter/eines Schwiegersohns und einer Schwägerin/eines Schwagers | 1 Tag; |
| g) Wohnungswechsel (Wechsel in möbliertes Zimmer ausgeschlossen) | 1 Tag; |
| h) Orientierungstag, Entlassung aus der Wehrpflicht | 1 Tag. |

41.2 Die Kurzabsenzen zur Erledigung privater Angelegenheiten, wie Arztbesuche, Behördengänge etc., sind während der Arbeitszeit bezahlt; sie sind aber nach Möglichkeit in die Freizeit oder in die Randzeiten zu legen.

41.3 Den Mitarbeitenden, denen bei Erkrankung eines im gleichen Haushalt lebenden eigenen Kinds oder eines Pflegekinds im Sinne des Gesetzes nachweisbar keine Pflegeperson zur Verfügung steht, wird hierfür gegen Vorlage eines Arztzeugnisses (ab dem 2. Krankheitstag) für höchstens 3 Tage pro Krankheitsfall Urlaub bei vollem Lohnanspruch gewährt. Im Übrigen gilt Art. 49.1.

41.4 Bezahlter Bildungsurlaub bis höchstens 1 Arbeitswoche pro Kalenderjahr wird den Delegierten einer vertragschliessenden Arbeitnehmer/innenorganisation gewährt, die an einem von dieser Organisation veranstalteten Kurs zur Weiterbildung oder an einer Tagung oder Sitzung dieser Organisation teilnehmen.

Die Gesuche sind nach Rücksprache mit der vorgesetzten Person rechtzeitig bei der Personalabteilung (zusammen mit dem Programm) einzureichen. Über die Gesuche entscheidet die Direktion in Rücksprache mit der Personalabteilung.

- 41.5 Urlaub für ausserschulische Jugendarbeit wird gestützt auf Art. 329e OR, aber unabhängig von der dort festgelegten Altersgrenze, bis höchstens 1 Arbeitswoche pro Kalenderjahr bezahlt, unter Verrechnung allfälliger Lohnersatzzahlungen Dritter.
- 41.6 Das Unternehmen ist bestrebt, den Mitarbeitenden nach Möglichkeit unbezahlten Urlaub zu gewähren. Die Absprache erfolgt im Einzelfall mit der vorgesetzten Person. Für unbezahlten Urlaub von mehr als 30 Kalendertagen ist vorgängig die schriftliche Einwilligung der Personalabteilung einzuholen.

Löhne, Familienzulagen, Treueprämien

Art. 42 Löhne

- 42.1 Die Löhne richten sich nach den Anforderungen und der Verantwortung am Arbeitsplatz, der Berufserfahrung, der individuellen Leistung sowie den Gegebenheiten des Arbeitsmarkts. Für die Stundenlöhne gelten ebenfalls die Referenzlöhne gemäss Art. 42.2.
- 42.2 Die folgenden Referenzlöhne werden festgehalten (bezogen auf Ausbildungsgänge, die innerhalb des Unternehmens existieren, und nur bei tatsächlicher Ausübung einer entsprechenden Funktion; Stand vom 1.1.2010):
- | | |
|-------------------------------------|--------------------------------|
| a) Angelernte/Betriebsmitarbeitende | CHF 3'700.-- Bruttomonatslohn; |
| b) zweijährige Grundbildung | CHF 3'800.-- Bruttomonatslohn; |
| c) dreijährige Grundbildung | CHF 4'000.-- Bruttomonatslohn; |
| d) vierjährige Grundbildung | CHF 4'100.-- Bruttomonatslohn. |

Beim jeweiligen Referenzlohn handelt es sich um einen variablen, durchschnittlichen, nach Regionen unterschiedlichen Richtwert eines Bruttomonatslohns für eine/n 20-jährige/n, zu 100% arbeitsfähige/n Mitarbeitende/n mit einem Vollzeitpensum.

- 42.3 Das Unternehmen verpflichtet sich, für eine/n 20-jährige/n, zu 100% arbeitsfähige/n Mitarbeitende/n mit einem Vollzeitpensum einen monatlichen Mindestlohn von CHF 3'700.-- brutto zu zahlen. Art. 42.2 b)-d) gilt, unabhängig vom Alter, für eine Absolventin/einen Absolventen mit der entsprechenden Ausbildung im Unternehmen oder ausserhalb des Unternehmens im Detailhandel bzw. im kaufmännischen Bereich.
- 42.4 Die Frauen und Männer, die gleichwertige Arbeit leisten, haben Anspruch auf den gleichen Lohn.
- 42.5 Über die Lohnanpassungen wird unter Berücksichtigung der Ertragslage des Unternehmens, der allgemeinen Wirtschaftslage und der allgemeinen Lohnentwicklung jährlich verhandelt.
- 42.6 Für die Mitarbeitenden, die am 31. Dezember in gekündigtem Arbeitsverhältnis stehen, entfällt jegliche Lohnerhöhung.
- 42.7 Die Löhne der Lernenden werden im Kompetenz-Center Ausbildung diskutiert und durch die GL genehmigt. Sie werden periodisch angepasst. Dabei werden die regionalen Gegebenheiten berücksichtigt.
- 42.8 Bei nachgewiesener Unterstützungspflicht wird im Todesfall den Hinterlassenen (der Ehegattin/dem Ehegatten, bei Vorversterben der Ehegattin/des Ehegatten den minderjährigen

oder noch in Ausbildung stehenden erwachsenen Kindern unter 25 Jahren der/des verstorbenen Mitarbeitenden oder der/dem im gleichen Haushalt lebenden Lebenspartner/in) für den gesamten Todesmonat sowie für weitere 3 Monate der Lohn ausgerichtet. Die Lohnzahlung erfolgt unabhängig von den Leistungen Dritter.

Art. 43 Lohnauszahlung, Abtretungsverbot

43.1 Die Löhne werden bargeldlos überwiesen.

43.2 Die Lohnforderungen dürfen nicht an Dritte abgetreten werden. Die bereits vor dem Abschluss des Arbeitsvertrags eingegangenen Lohnabtretungen werden vom Unternehmen nicht anerkannt. Dieses leistet die Lohnzahlungen ausschliesslich an die Mitarbeitenden und befreit sich damit zum Voraus von einer Zahlungspflicht gegenüber Dritten. Ausnahmen bilden die rechtmässigen Verfügungen und Entscheide öffentlicher Behörden.

Art. 44 13. Monatslohn

Die Mitarbeitenden haben Anspruch auf einen 13. Monatslohn. Dieser wird Ende Kalenderjahr oder bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses anteilmässig ausgerichtet. Er entspricht 1/12 der während des Kalenderjahrs ausbezahlten Grundlöhne.

Art. 45 Familienzulagen

Die Familienzulagen (Kinderzulagen, Ausbildungszulagen etc.) richten sich nach den kantonalen Vorschriften. Massgebend ist der jeweilige Arbeitsort der Mitarbeitenden.

Art. 46 Treueprämien

46.1 Die Mitarbeitenden haben Anspruch auf Treueprämien. Diese werden am Ende des Jubiläumsmonats wie folgt ausgerichtet, wobei sie auf Gesuch von Mitarbeitenden im Monatslohn hin, und sofern es die Arbeitseinteilung gestattet, ab dem 10. Anstellungsjahr ganz oder teilweise in Ferien umgewandelt werden können:

- | | | |
|----|---|--|
| a) | beim Vollenden des 5. Anstellungsjahrs | CHF 500.-- in Form von Coop-Gutscheinen/Geschenkkarte für die Vollzeitmitarbeitenden und die Teilzeitmitarbeitenden mit mindestens einem 50%-Pensum;
CHF 200.-- in Form von Coop-Gutscheinen/Geschenkkarte für die Teilzeitmitarbeitenden mit weniger als einem 50%-Pensum; |
| b) | beim Vollenden des 10. Anstellungsjahrs | 1/3 des ordentlichen Monatslohns oder 7,5 Arbeitstage Ferien; |
| c) | beim Vollenden des 15. Anstellungsjahrs | 1/2 des ordentlichen Monatslohns oder 11 Arbeitstage Ferien; |
| d) | beim Vollenden des 20. Anstellungsjahrs und alle weiteren 5 Jahre | 1 ordentlicher Monatslohn oder 22 Arbeitstage Ferien. |

46.2 Bei Pensionierung oder Todesfall nach Vollenden des 10. Anstellungsjahrs haben die Mitarbeitenden bzw. die Hinterbliebenen Anspruch auf einen anteilmässigen Teil an den Treueprämien.

Lohn bei Verhinderung an der Arbeitsleistung

Im Fall eines fehlenden Anspruchs gegenüber den Taggeldversicherungen gemäss Art. 47 bzw. Art. 53 richtet sich die Lohnfortzahlung nach Art. 324a OR (Basler Skala).

A) Krankheit

Art. 47 Lohnfortzahlung durch die Krankentaggeldversicherung

47.1 Bei krankheitsbedingter voller Arbeitsunfähigkeit werden die folgenden Krankentaggeldleistungen in Ersatz des Anspruchs gemäss Art. 324a OR erbracht:

- a) während der Probezeit 1 Monat zu 90% des ordentlichen Bruttolohns;
- b) nach der Probezeit 2 Jahre zu 90% des ordentlichen Bruttolohns.

Der ordentliche Bruttolohn beinhaltet den vertraglich vereinbarten Grundlohn zuzüglich des 13. Monatslohnanteils sowie die regelmässig wiederkehrenden Zulagen.

47.2 Die Leistungen werden pro Krankheitsfall ausgerichtet.

47.3 Bei krankheitsbedingter teilweiser Arbeitsunfähigkeit wird das Krankentaggeld nach der Höhe der Arbeitsunfähigkeit ebenfalls während der Zeitdauer gemäss Art. 47.1 ausgerichtet.

47.4 Die Prämien für die Krankentaggeldversicherung werden je hälftig durch die Mitarbeitenden und durch das Unternehmen finanziert.

47.5 Nach Austritt der Mitarbeitenden aus dem Unternehmen besteht ein Übertrittsrecht in eine Einzelversicherung gemäss dem Merkblatt „Übertritt in die Einzelversicherung“.

47.6 Die Kuraufenthalte gelten nur dann als Krankheitsabsenz, wenn eine volle Arbeitsunfähigkeit ärztlich bescheinigt ist.

47.7 Im Übrigen gelten die Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die kollektive Taggeldversicherung gemäss dem Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag vom 2.4.1908.

Art. 48 Erkrankung im Ausland

In einem vom Wohnsitz verschiedenen Land besteht nur ein Anspruch auf Leistungen bei einer Akuterkrankung (nicht wesentlich vorbestehendem Leiden oder unvorhersehbarer Verschlechterung eines vorbestehenden Leidens). Die Absenz ist umgehend der vorgesetzten Person zu melden.

Art. 49 Meldepflicht, Arztzeugnis, Arztbesuche

49.1 Die vorgesetzte Person ist im Krankheitsfall vor dem geplanten Arbeitsbeginn umgehend zu verständigen.

49.2 Für die Krankheitsabsenzen, die länger als 3 Arbeitstage dauern, ist der vorgesetzten Person oder der Personalabteilung innerhalb von 1 Woche ab Krankheitsbeginn ein Arztzeugnis vorzulegen. Auf Verlangen des Unternehmens ist auch für die Krankheitsabsenzen

zen, die weniger als 4 Arbeitstage dauern, ein Arztzeugnis beizubringen. Bei Krankheitsabsenzen, die mehr als 1 Monat dauern, ist jeden Monat ein neues Arztzeugnis beizubringen.

- 49.3 Das Unternehmen behält sich vor, vertrauensärztliche Untersuchungen anzuordnen. Die/der Mitarbeitende verpflichtet sich, bei Anordnung einer vertrauensärztlichen Untersuchung die entsprechenden Untersuchungsmassnahmen durch die Vertrauensärztin/den Vertrauensarzt zuzulassen.
- 49.4 Die Arztbesuche sind nach Möglichkeit in die Freizeit oder in die Randzeiten zu legen.
- 49.5 Für die nicht nachgewiesenen Krankheitsabsenzen (ab 4 Arbeitstagen) besteht kein Anspruch auf Lohnfortzahlung/Krankentaggeldleistungen; sie werden wie unentschuldigte Absenzen behandelt.
- 49.6 Für den Ferienbezug während einer ärztlich bescheinigten Arbeitsunfähigkeit bedarf es der vorgängigen Einwilligung der Versicherung. Die Ferien unterbrechen den Taggeldanspruch und werden vollumfänglich dem Ferienanspruch angerechnet, ausser bei einem von der Versicherung anerkannten Erholungsurlaub.

B) Schwangerschaft, Mutterschaft

Art. 50 Schwangerschaft

Bei ärztlich attestierten Schwangerschaftsbeschwerden gelten für die Lohnfortzahlung die gleichen Bestimmungen wie bei Krankheit.

Art. 51 Mutterschaftsentschädigung

51.1 Bei Mutterschaft wird die Mutterschaftsentschädigung ab dem Zeitpunkt der Niederkunft durch das Unternehmen wie folgt ergänzt:

- a) vom 1.-5. Anstellungsjahr 14 Wochen auf 100% des ordentlichen Bruttolohns;
- b) ab dem 6. Anstellungsjahr 16 Wochen auf 100% des ordentlichen Bruttolohns.

Sofern das Arbeitsverhältnis weniger als 3 Monate gedauert hat oder vor Beginn des 6. Schwangerschaftsmonats aufgelöst wurde, erbringt das Unternehmen nebst der Mutterschaftsentschädigung (14 Wochen 80% des ordentlichen Bruttolohns, sofern das Arbeitsverhältnis zum Zeitpunkt der Niederkunft noch besteht) keine ergänzenden Lohnleistungen.

51.2 Muss das Kind direkt nach der Geburt nachweisbar für mindestens 3 Wochen in Spitalaufenthalt bleiben, kann die Mitarbeitende auf Antrag an die Personalabteilung die Ausrichtung der Mutterschaftsentschädigung bis zur Heimkehr oder zum Tod des Kinds aufschieben. Das Unternehmen erbringt während der Dauer des Aufschubs keine ergänzenden Lohnleistungen.

51.3 Nimmt die Mitarbeitende vor Ablauf der 14 bzw. 16 Wochen die Arbeit wieder auf, verliert sie den Anspruch auf die verbleibende Mutterschaftsentschädigung und die ergänzenden Lohnleistungen des Unternehmens.

51.4 Das Unternehmen ist bestrebt, die Frauen, welche nach Beendigung des Mutterschaftsurlaubs nicht mehr im Arbeitsverhältnis mit dem Unternehmen stehen, innerhalb von 12

Monaten nach Beendigung des Mutterschaftsurlaubs nach Möglichkeit wieder in das Unternehmen zu integrieren.

51.5 Die kantonalen Vorschriften bleiben vorbehalten.

C) Unfall

Art. 52 Versicherungsdeckung

52.1 Die Mitarbeitenden sind zu Lasten des Unternehmens gegen Berufsunfälle versichert.

52.2 Die Mitarbeitenden sind gegen Nichtberufsunfälle versichert, wenn sie mindestens 8 Stunden pro Woche beim Unternehmen arbeiten. Die Prämien für die Nichtberufsunfallversicherung werden durch die Mitarbeitenden finanziert.

Art. 53 Leistungen

53.1 Bei Heilbehandlungen sind die gesetzlichen Leistungen gemäss dem Bundesgesetz über die Unfallversicherung vom 20.3.1981 versichert. Es besteht die Möglichkeit, im Rahmen eines Kollektivvertrags des Unternehmens auf eigene Kosten eine Zusatzversicherung für die stationäre Behandlung in der privaten Abteilung abzuschliessen.

53.2 Bei unfallbedingter voller Arbeitsunfähigkeit wird das Taggeld der Unfallversicherung durch das Unternehmen wie folgt ergänzt:

- | | | | |
|----|-----------------------|-------------|-----------------------------------|
| a) | während der Probezeit | 1 Monat auf | 90% des ordentlichen Bruttolohns; |
| b) | nach der Probezeit | 2 Jahre auf | 90% des ordentlichen Bruttolohns. |

Der ordentliche Bruttolohn beinhaltet den vertraglich vereinbarten Grundlohn zuzüglich des 13. Monatslohnanteils sowie die regelmässig wiederkehrenden Zulagen.

53.3 Bei unfallbedingter teilweiser Arbeitsunfähigkeit wird das Taggeld der Unfallversicherung nach der Höhe der Arbeitsunfähigkeit während der Zeitdauer gemäss Art. 53.2 ebenfalls auf die dort genannten %-Sätze ergänzt.

53.4 Dauert die unfallbedingte Arbeitsunfähigkeit länger als die Zeitdauer gemäss Art. 53.2, so kommt nach deren Ablauf das Unfalltaggeld gemäss dem Bundesgesetz über die Unfallversicherung vom 20.3.1981 direkt durch die Unfallversicherung zur Auszahlung.

53.5 Werden die Versicherungsleistungen wegen Selbst- oder Mitverschuldens gekürzt, so reduziert sich die Ergänzungszahlung zum gleichen %-Satz.

53.6 Bei Teilinvalidität wird der Lohn bzw. die Ergänzungszahlung nach dem Grad der Arbeitsfähigkeit neu festgelegt.

53.7 Bei Austritt der Mitarbeitenden aus dem Unternehmen bei bestehender Arbeitsunfähigkeit kommt nur das Unfalltaggeld gemäss dem Bundesgesetz über die Unfallversicherung vom 20.3.1981 direkt durch die Unfallversicherung zur Auszahlung.

53.8 Im Übrigen gelten die Art. 48 und 49 analog.

Rückforderungs- und Verrechnungsrecht

Art. 54 Anspruch des Unternehmens

Erhalten die Mitarbeitenden von einer Versicherung, an welche das Unternehmen einen Beitrag geleistet hat, ein Taggeld, eine Rente oder eine anteilmässige Kapitalauszahlung für eine Zeitperiode zugesprochen, während der sie bereits Lohn bezogen haben, so besteht für das Unternehmen ein direktes Rückforderungs- bzw. Verrechnungsrecht gegenüber der Versicherung.

Art. 55 Meldepflicht der Mitarbeitenden

Das Unternehmen ist von solchen Versicherungsleistungen in Kenntnis zu setzen. Diese Verpflichtung besteht auch nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Obligatorische und andere Dienste

Art. 56 Lohnzahlung

56.1 Übersteigt die Erwerbsausfallentschädigung die in Art. 56.2 und 56.3 erwähnten Ansätze, wird den Mitarbeitenden die volle Erwerbsausfallentschädigung ohne ergänzende Lohnleistungen des Unternehmens ausgerichtet; erreicht sie die erwähnten Ansätze nicht, wird sie durch das Unternehmen bis zur Erreichung der erwähnten Ansätze ergänzt.

56.2 Den Mitarbeitenden, die in Friedenszeiten schweizerischen obligatorischen Militärdienst (Wiederholungskurs, Zivilschutzdienst etc.) oder andere obligatorische erwerbsersatzpflichtige Dienste leisten, wird die Erwerbsausfallentschädigung auf 100% des ordentlichen Bruttolohns ergänzt.

56.3 Während der Rekruten-, Unteroffiziers-, Feldweibel-, Fourier- und Offiziersschule, während des Abverdienens der entsprechenden Grade sowie während der Verpflichtung zu einer Arbeitsleistung an Stelle von Militärdienst erhalten die ledigen Mitarbeitenden ohne Unterstützungspflicht, unter Verrechnung der Erwerbsausfallentschädigung, 80% des ordentlichen Bruttolohns. Alle übrigen Mitarbeitenden erhalten, unter Verrechnung der Erwerbsausfallentschädigung, 100% des ordentlichen Bruttolohns, sofern im Anschluss an diese Dienste das Arbeitsverhältnis noch während mindestens 12 Monaten fortgesetzt wird; bei vorzeitigem Austritt ist für jeden fehlenden Monat 1/12 des Lohnzuschusses zurückzubezahlen.

Die Leistungen für den Zivildienst werden wert- und umfangmässig gleich behandelt wie die Dauer einer ordentlichen Rekrutenschule. Die Durchdiener erhalten während der Rekrutenschule den Lohn gemäss Art. 56.3, danach die Erwerbsausfallentschädigung.

56.4 Die Lohnzahlung bei nicht in Art. 56.2 und 56.3 erwähnten Dienstleistungen wird individuell vereinbart.

56.5 Die Ernstfalleinsätze im Feuerwehrdienst sind bezahlte Absenzen.

56.6 Bei weiteren nach der Erwerbsausfallentschädigung entschädigten obligatorischen Diensten bis maximal 3 Wochen Dauer wird die Erwerbsausfallentschädigung auf 100% des ordentlichen Bruttolohns ergänzt.

Art. 57 Meldepflicht der Mitarbeitenden

Die Mitarbeitenden haben der vorgesetzten Person die Einberufung zu Militär- oder anderen Dienstleistungen umgehend nach Bekanntgabe mitzuteilen. Die Soldmeldekarten sind umgehend der Salärabteilung zuzustellen, damit die Lohnauszahlung erfolgen kann.

Pensionierung

Art. 58 Pensionskasse

58.1 Die Mitarbeitenden sind bei der CPV/CAP Pensionskasse Coop gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod versichert. Für die Mitarbeitenden im Alter von 18-24 Jahren gelten spezielle Bestimmungen.

58.2 Der Beitragslohn beträgt mindestens 2/3 des AHV-pflichtigen Jahreslohns (vertraglich vereinbarter Grundlohn zuzüglich des 13. Monatslohnanteils sowie die regelmässig wiederkehrenden Zulagen).

58.3 Die reglementarischen Beiträge an die Versicherung werden zu 1/3 durch die Mitarbeitenden und zu 2/3 durch das Unternehmen finanziert.

58.4 Die Anpassungen des Grundlohns, welche eine Erhöhung des versicherten Lohns zur Folge haben (ohne Berücksichtigung von weggefallenen und deshalb in den Grundlohn integrierten Lohnnebenleistungen wie Spesen etc.), werden jeweils zu Beginn des Kalenderjahrs, im Schadenfall auch während des Kalenderjahrs, unter der Bezeichnung „Erhöhungsgutschrift“ eingekauft. Die Erhöhungsgutschriften werden zu 1/3 durch die Mitarbeitenden und zu 2/3 durch das Unternehmen finanziert. Die Anpassungen des Grundlohns, welche eine Reduktion des versicherten Lohns zur Folge haben, werden jeweils ab Inkrafttreten berücksichtigt.

58.5 Im Übrigen gilt das jeweils geltende Versicherungsreglement der CPV/CAP Pensionskasse Coop.

Art. 59 Vorzeitige Alterspensionierung

Das Unternehmen bietet den Mitarbeitenden die Möglichkeit einer vorzeitigen Alterspensionierung. Diese richtet sich nach dem jeweils geltenden Reglement Vorzeitige Alterspensionierung.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 60 Arbeitsvertragliche Einzelstreitigkeiten

Die arbeitsvertraglichen Einzelstreitigkeiten zwischen dem Unternehmen und den Mitarbeitenden werden von den zuständigen Gerichten behandelt.

Art. 61 Sozialplan

Bei Betriebsschliessungen, -teilschliessungen oder –verlegungen verhandeln die Vertragspartner über einen Sozialplan.

Art. 62 Inkrafttreten und Kündigung des GAV

62.1 Dieser GAV tritt am 1. Januar 2008 in Kraft, ersetzt den GAV vom 1. Januar 2003 und gilt bis zum 31. Dezember 2010. Wird er nicht 6 Monate vor Ablauf vom Unternehmen oder gemeinsam von den vertragschliessenden Arbeitnehmer/innenorganisationen gekündigt, so verlängert sich seine Geltungsdauer jeweils um 1 Jahr.

62.2 Besteht bei Vertragskündigung die Absicht, diesen GAV in veränderter Form weiterzuführen, so sind den Vertragspartnern mit der Kündigung Revisionsvorschläge einzureichen.

Art. 63 Aushändigung des GAV

Dieser GAV samt den Bestandteilen gemäss Art. 64 wird allen Mitarbeitenden, die ihm unterstehen, ausgehändigt.

Art. 64 Bestandteile des GAV

Die folgenden Dokumente sind Bestandteile dieses GAV:

- a) Anhang (Zulagenreglement);
- b) Stundenlohnreglement (nur für die Mitarbeitenden im Stundenlohn).

Basel, im Oktober 2007

Coop Genossenschaft

Hansueli Loosli
Vorsitzender der
Geschäftsleitung

Peter Keller
Leiter Personal/
Ausbildung national

UNIA

Renzo Ambrosetti
Co-Präsident

Robert Schwarzer
Verantwortlicher Detailhandel

Andreas Rieger
Co-Präsident

Catherine Laubscher
Verantwortliche Detailhandel

Kaufmännischer Verband Schweiz (KV Schweiz)

Edi Class
Generalsekretär

Barbara Gisi
Leiterin Angestelltenpolitik

Verein der Angestellten Coop (VdAC)

Felix Halmer
Präsident

Luciana Maggetti
Vizepräsidentin

SYNA - die Gewerkschaft

Magdalena Bertone
Leiterin Sektor Dienstleistung

Organizzazione Cristiano-Sociale Ticinese (OCST)

Meinrado Robbiani
Kantonalsekretär

Carlo Mathieu
Zentralsekretär

Nando Ceruso
Vizekantonalsekretär

ANHANG

Zulagenreglement

vom 1. Januar 2003

1. Zulagen

1.1 Familienzulagen

Die Familienzulagen (Kinderzulagen, Ausbildungszulagen etc.) richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften jener Kantone, in denen die Arbeitsorte der Mitarbeitenden liegen. Das Unternehmen garantiert, dass die kantonalen Kinderzulagenansätze auch in jenen Kantonen bis zum vollendeten 18. Altersjahr ausgerichtet werden, in denen für die Kinder, die nicht in Ausbildung stehen, die gesetzliche Altersgrenze für die Zulagenberechtigung unter 18 Jahren liegt.

1.2 Lohnzuschlag für die Überstundenarbeit 25%
(sofern Zeitausgleich innerhalb von 4 Monaten nicht möglich)

1.3 Lohnzuschlag für die Abendarbeit (20.00–23.00 Uhr) 20%
(sofern Arbeitseinsatz nach 21.30 Uhr beendet)

Lohnzuschlag für die vorübergehende Nachtarbeit (23.00-06.00 Uhr) 35%
(bis 24 Nächte pro Kalenderjahr)

Zuschläge für die dauernde oder regelmässig wiederkehrende Nachtarbeit
(23.00-06.00 Uhr) (ab 25 Nächten pro Kalenderjahr)

Lohnzuschlag	25%
Zeitzuschlag (zusätzlich)	10%

1.4 Lohnzuschlag für die vorübergehende Sonn- und Feiertagsarbeit 75%
(Sonntag: Sonntag, 00.00 Uhr - Sonntag, 24.00 Uhr)
(bis 6 Sonn- oder Feiertage pro Kalenderjahr)
davon als Zeitzuschlag möglich 25%

Lohn- oder Zeitzuschlag für die dauernde oder regelmässig wiederkehrende Sonn- und Feiertagsarbeit 50%
(Sonntag: Sonntag, 00.00 Uhr - Sonntag, 24.00 Uhr)
(ab 7 Sonn- oder Feiertagen pro Kalenderjahr)

1.5 Pikettdienst-Zulagen

a) Pauschalzulagen für die Pikettbereitschaft:

Pikett-Tag (24 Stunden)	CHF	40.--
Pikett am Samstag	CHF	80.--
Pikett am Sonntag und an den Feiertagen	CHF	100.--
Pikett am Wochenende (Samstag/Sonntag)	CHF	150.--
Pikett-Woche (Montag-Freitag)	CHF	200.--
Pikett-Woche (Montag-Montag, inkl. Wochenende)	CHF	350.--

b) Der Pikettdiensteinsatz wird nebst dem Lohn mit dem Überstunden- bzw. Abend-, Nacht-, Sonn- oder Feiertagszuschlag entschädigt. Die Gutschrift erfolgt für die Zeit zwischen der Aufforderung zum Pikettdiensteinsatz (Telefonanruf) und dem Verlassen des Betriebs, längstens aber bis zum normalen Arbeitsbeginn.

c) Die Abrechnung erfolgt monatlich, die Auszahlung mit dem darauffolgenden Lohn.

1.6 Tiefkühlzulage
für die ständige Arbeit in den Tiefkühlräumen pro Monat (x12) CHF 500.--

1.7 Funktionszulage

Für besondere Tätigkeiten können bestimmte Zulagen bezahlt werden.

1.8 Berufsbekleidung

Dem Betriebs-, Restaurant- und Verkaufspersonal und den Chauffeusen/Chauffeuren werden je nach Art der Beschäftigung die geeigneten Berufskleider abgegeben.

1.9 Springer/innen / Ablöser/innen (Metzgerei)

a) Basisentschädigung pro Monat (x12) CHF 150.--
b) Spesenpauschale pro effektivem Einsatztag CHF 10.--
(innerhalb eines Radius von 25 km des Arbeitsorts, darüber hinaus gemäss dem jeweils geltenden Spesenreglement)

1.10 Abendverkauf

a) Entschädigung gemäss kantonaler/regionaler/lokaler Regelung
b) Verpflegungsvergütung pro Abendverkauf (gleichwertige individuelle örtliche Vereinbarungen vorbehalten) CHF 18.--

1.11 Teilzeitarbeitsverhältnisse

Bei den Teilzeitarbeitsverhältnissen besteht in den Ansätzen gemäss Art. 1.6, 1.7, und 1.9 a) ein anteilmässiger Anspruch.

2. **Schlussbestimmungen**

Dieses Reglement tritt am 1. Januar 2003 in Kraft, ersetzt das Reglement vom 1. Januar 2001 und gilt bis zum 31. Dezember 2005. Wird es nicht 6 Monate vor Ablauf vom Unternehmen oder gemeinsam von den vertragschliessenden Arbeitnehmer/innenorganisationen gekündigt, so verlängert sich seine Geltungsdauer jeweils um 1 Jahr.